

Auf der Suche nach einer Wählerstimme

Wie wird man Delegierter, wo gibt man seine Stimme ab und was passiert mit ihr, wenn man sie erst abgegeben hat? Über den Versuch, am Gewerkschaftstag der Göd teilzunehmen.

Christian Fleck

Ich bin seit vielen Jahren Mitglied der Beamtengewerkschaft Göd, zahle meinen, von der Steuer absetzbaren Mitgliedsbeitrag automatisch jeden Monat und habe mich bislang wenig um meine Gewerkschaft gekümmert. Als ich im Sommer im Göd-Magazin las, dass der alle fünf Jahre abzuhaltende Bundeskongress Anfang November stattfinden würde, dachte ich mir, etwas gegen (meine) Politikverdrossenheit zu tun und wandte mich mit der Frage, ob und wie ich an diesem Kongress teilnehmen könne, an meine Gewerkschaft.

Wochenlang hörte ich nichts, nach einem freundlichen Erinnerungs-Mail erhielt ich vom für „Organisation, Presse/Öffentlichkeitsarbeit und Wirtschaft“ zuständigen Vorstandsmitglied doch noch eine (holprige) Antwort:

„Auf Grund der eindeutigen Bestimmungen der Geschäftsordnung ist eine Teilnahme am Bundeskongress leider nicht möglich. Diese sieht vor, dass der Bundeskongress ua aus den gewählten Delegierten. (?) Diese Delegierten werden von den Bundesvertretungen sowie den Landesvertretungen nominiert, und zwar bei den so genannten Bundestagen bzw. den Landeskongressen. Diese Tagungen wurden im Frühjahr abgehalten, die Delegierungen wurden bis Juni 2011 vorgenommen. (...) Ich würde mich aber freuen, wenn Sie sich in Ihrer Dienststelle als Gewerkschaftsfunktionär einbringen würden und vielleicht bei zukünftigen Tagungen als Delegierter dabei sein könnten.“

Eine Mail, worin ich bat, über die Delegiertenwahl informiert zu werden, blieb vorerst unbeantwortet. Auf der Website der Göd und der der Hochschullehrer-Gewerkschaft fand ich zwar allerhand, aber weder

die Geschäftsordnung, noch irgendwelche Wahlergebnisse irgendwelcher Wahlen, bloß, dass beim „Bundestag der BV 13“ (das ist die Bundesvertretung der Universitätsgewerkschaft) im Mai 2011 die bisherigen Vorsitzenden (von wem?) wiedergewählt wurden.

Nun weiß der interessierte Staatsbürger, dass die Göd die einzige „schwarze“ Gewerkschaft ist und ihr langjähriger Vorsitzender sich dieser Tage wiederwählen lassen will und mir schwant, dass diese Wiederwahl irgendwie auch mit meiner Stimme erfolgen wird.

Gibt die Geschäftsordnung darüber Auskunft? In einem der Jahrbücher der Göd fand ich sowohl die Geschäfts- als auch die Wahlordnung. Erstere führt 21 (!) Organe auf, vom Gewerkschaftstag über Bundessektionstage, Bundesfachgruppen hinunter bis zu den Betriebsausschüssen.

Zu keiner Wahl auch nur einer dieser Organe wurde ich je eingeladen oder erfuhr davon, dass sie stattfänden.

Alle paar Jahre findet an meiner Dienststelle eine Betriebsratswahl statt, die mit einer Wahl ungefähr so viel zu tun hat, wie Wahlen in der untergegangenen Sowjetunion: Es kandidiert eine Einheitsliste, die im November 2008 von 10,7 Prozent der Wahlberechtigten „gewählt“ wurde. Die Listenbezeichnung

„ULV/UPV“ (Universitätslehrerverband/Universitätsprofessorenverband) ist nicht einmal für Eingeweihte decodierbar, vor allem aber weiß niemand, in welcher Beziehung solche Einheitslisten zu den politischen Fraktionen stehen.

Sind vielleicht die Ergebnisse der Betriebsratswahlen zugleich das Wahlergebnis des gewerkschaftlichen Betriebsausschusses, zu dem ja nur Gewerkschaftsmitglieder wie ich und nicht wie bei der Betriebsratswahl alle Beschäftigten wahlberechtigt sind?

Im §3 Absatz 3 der GO heißt es kryptisch: „Bei der Wahl (Bestellung) der Mitglieder der Organe (...) ist das Stärkeverhältnis der Wählergruppen (...) zugrunde zu legen. Wählergruppen, auf die insgesamt weniger als 5 Prozent der gültigen Stimmen entfallen, sind nicht zu berücksichtigen.“

Hinter den „Wählergruppen“ verbirgt sich offenbar, was man als Fraktionen bezeichnet, doch welcher fällt meine Stimme zu?

Bei der Bundespersonalvertretungswahlen 2009 wurden im Be-



Fritz Neugebauer kann auf seine Wahl als Göd-Chef zählen. Wie man es schafft, seine Stimme abzugeben, ist eine andere Frage. Foto: APA

reich des Wissenschaftsministeriums 1141 (!) gültige Stimmen abgegeben, was zu einer Mandatsverteilung von 3 FCG, 1 FSG und 1 Unabhängige führte. Irgendwie – aber wie? – wurde da wohl auch meine Stimme einer Wählergruppe/Fraktion zugerechnet. Welchen Reim soll man sich darauf machen?

Es scheint mir, dass die Beamtengewerkschaft in geradezu prototypischer Weise das verkörpert, was vor nunmehr schon hundert Jahren der Soziologe Robert Michels das „eherne Gesetz der Oligarchie“ nannte. Er fand heraus, dass Organisationen, die Demokratie auf ihre Fahnen geschrieben hatten, in den Führungsfunktionen von immer denselben Leuten di-



Christian Fleck fragt: Wo ist meine Stimme? Foto: Sissi Furgler

rigiert wurden, die formal (wiedergewählt) werden, wobei aber die Wahlprozeduren undurchschaubar sind. Auch die Göd hält sich wohl für eine demokratische Gewerkschaft, doch ihre interne Struktur ist verschlungen und in-

transparent. Weder werden Wahlen angekündigt, noch werden Wahlergebnisse veröffentlicht.

Warum ist das so, und warum lässt sich das nicht ändern? Die Zufriedenheit der meisten Mitglieder der Göd resultiert aus den in der Regel mehr als befriedigenden Lohnabschlüssen und Serviceangeboten, über die man seitens der Göd bestens informiert wird. Das genügt offenbar den 230.000 Mitgliedern, hilft es auch der Demokratie?

PS: Am Wochenende erhielt ich dann doch noch von der Göd Post, die die Geschäftsordnung 2006 enthielt, aus der ich entnehmen konnte, was ich schon herausgefunden hatte: §5 Abs. 3: „Der Bundeskongress besteht aus den gewählten Delegierten.“ Wie ich es schaffen hätte können, dazu zu gehören, blieb unbeantwortet. Aber falls ich wirklich ernsthaftes Interesse an der Mitarbeit habe, könne mir in einem Gespräch nähergebracht werden, wie das möglich sei.

CHRISTIAN FLECK ist Soziologe an der Dienststelle Universität Graz und seit 1979 Göd-Mitglied.

PAUL LENDVAI

Jagd nach Sündenböcken



Die Chefs der zwanzig größten Volkswirtschaften der Welt hatten auf ihrem Gipfeltreffen in Cannes

PR-Aufwandes in Wirklichkeit nichts zu entscheiden. Die dramatischen Entwicklungen in Griechenland haben mit Papandreou „in der Rolle des tragischen Helden und des Machttaktikers kaum eine Woche nach der vermeintlich großen Lösung, die Unberechenbarkeit einer zerrissenen Europäischen Union bloßgestellt“, meint der linksliberale deutsche Philosoph Jürgen Habermas. In seinem pathetischen Aufruf „Rettet die Würde der Demokratie“ (FAZ, 5. 11) beschreibt er das „griechische Desaster“ als „eine deutliche Warnung vor dem postdemokratischen Weg, den Merkel und Sarkozy eingeschlagen haben“.

In der Tat dreht sich die Frage nach den Sündenböcken der europäischen Überschuldungskrise im Kreis, jeder scheint schuld zu sein: die Hedgefonds-Spekulanten und die Banken, die Architekten des „ökonomisch als schädlich erwiesenen Euro“ (so der Schweizer Philosoph und Politologe Hermann Lübbe) und die Finanzexperten mit falschen Prognosen, das „kopflöse Chefpersonal“ von EU und Internationalem Währungsfonds und die Präsidenten der Euro-Bank und der US-Notenbank mit ihrer Politik des leichten Geldes und für die internationale Boulevardpresse natürlich die Griechen und die Italiener (oder die Portugiesen und die Spanier), weil diese endlos auf Pump leben wollen.

Habermas sieht den Hauptgrund für die Krise darin, dass die Institutionen fehlen, die eine supranationale Willensbildung und die globale Durchset-

zung von Beschlüssen erst ermöglichen würden. Er verbindet das Lob für Papandreou inzwischen gescheitertes Vorhaben eines Referendums mit der Kritik an Entscheidungen eines intergouvernementalen Ausschusses der Regierungschefs, die über die Köpfe der betroffenen Bevölkerungen hinweg getroffen werden. Der Ausweg? Die Politiker müssten laut ihm Risiken eingehen und in der ersten Person sprechen, um die Bürger von der Notwendigkeit der Verstärkung der politischen Handlungsfähigkeit auf supranationaler Ebene zu überzeugen.

Wo und wann findet man solche Politiker in Europa? In Irland, in Portugal, in Slowenien und in der Slowakei stürzten schon vor Griechenland Regierungen über ihre Unfähigkeit, die Finanzkrise in den Griff zu bekommen oder eine parlamentarische Mehrheit für eine gemeinsame Haushaltspolitik zu gewinnen. In Wirklichkeit geht es in Athen und Rom um den Bankrott der gesamten politischen Klasse. In beiden Ländern ist es fraglich, ob es in naher Zukunft eine funktionsfähige Regierung geben wird. Berlusconi, das Symbol der politischen Schamlosigkeit, bereitet seine fünfte CD über „die wahre Liebe“ vor, aber die Opposition kann sich nicht einmal auf ein Programm einigen. In Athen geht es Oppositionsführer Antonis Samaris, einem hemmungslosen Nationalisten und Machtopportunisten, im krassen Gegensatz zu seinen Parteifreunden in Portugal, Irland und im EU-Parlament nicht um die Rettung des Landes, sondern nur um die Eroberung der Macht. Ob die Parteien und Politiker Griechenlands und Italiens trotz der Endzeitstimmung über sich hinauswachsen können, muss leider noch immer dahingestellt bleiben.

LESERSTIMMEN

Schwierige Hilfe in der Krise

Betrifft: „Alzheimer-Patientin ans Krankenbett gefesselt“

DER STANDARD, 4. 11. 2011
Einschränkende Maßnahmen, die an psychiatrischen Abteilungen nur bei Selbst- oder Fremdgefährdung im Rahmen von psychischen Erkrankungen angewandt werden dürfen, unterliegen strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen (Unterbringungsgesetz) und werden in der Qualität und Quantität ihrer Anwendung vom Gericht, von Gutachtern und der Patienten-anwaltschaft genauestens überprüft. Ein sorgfältiger und gewissenhafter Umgang mit diesen

Maßnahmen kann also vorausgesetzt werden.

Wenn orale Medikation, beruhigende Gespräche, Einzelzuwendung nicht ausreichen, so müssen auch mitunter in der Alterspsychiatrie, in Heimen oder geriatrischen Einrichtungen Fixierungen mittels Bauchgurt und/oder Hand- und Fußgurt angewendet werden, um Gefahren abzuwehren, an der Psychiatrie insbesondere in den ersten Tagen des stationären Aufenthaltes, wenn Verwirrtheit, Aggressivität und Desorganisiertheit noch erheblich sind.

Medikamente in höherer Dosierung sind bei älteren Menschen vorsichtig anzuwenden, weil Nebenwirkungen oder Überdosierungen auftreten können, sodass eine zeitlich limitierte Fixierung in einigen Fällen das gelindeste Mittel der Gefahrenabwehr darstellt. Die Fixierung wird so rasch wie möglich wieder beendet.

Für Angehörige, betroffen auch durch die Wesensveränderung ihrer Verwandten, ist es oft schwer, solche Maßnahmen als sinnvoll zu erleben, da gilt es wiederholt Gespräche zu führen. Fremd- oder Selbstgefährdung sind daneben meist Ausschlusskriterien für die Kostenübernahme durch Sonderklasseversicherungen.

Einschränkende Maßnahmen werden an allen psychiatrischen Abteilungen mit Vollversorgungsauftrag praktiziert. Einseitiger und im Halbwissen anklagender Journalismus reißt Fronten auf, die wir durch Maßnahmen zur Entstigmatisierung und Öffentlichkeitsarbeit zu schließen uns bemühen. Prim. Mag. Dr. Herwig Oberlerchner, MAS Psychiatrie und Psychotherapie am Klinikum Klagenfurt am Wörthersee

DAS AKTUELLE BUCH

Klarer Blick auf Arabiens „Frühling“

Die journalistischen Schnellschüsse zum Arabischen Frühling häufen sich, etliches davon ist Frischware mit Ablaufdatum, anderes wiederum mit Fehlern gespickt. Da ist es eine Wohltat, ein Buch des Arabisten und Islamwissenschafters Michael Lüders in die Hand zu bekommen. Er beschreibt korrekt und knappe, hehelt nicht den Ereignissen hinterher, sondern konzentriert sich auf den Hintergrund, vor dem die Umstürzbewegungen in der arabischen Welt entstanden sind.

Zwar fehlt der vielzitierte „Flügel Schlag eines Schmetterlings“, der einen Wirbelwind auslöst, auch in diesem

Buch nicht, aber damit hat es sich mit den einfachen Bildern. Mit viel Sympathie für die Bewegungen, aber ohne den Blick trübende Revolutionsromantik macht Lüders klar, warum es so schwer ist, die arabische Welt kurzfristig zu verändern, warum aber andererseits alle leichtfertigen Urteile über die Gründe dafür – wie „der Islam“ – überdacht werden müssen. Gudrun Harrer



Michael Lüders: „Tage des Zorns. Die arabische Revolution verändert die Welt“, 207 Seiten, 20,60 €, C. H. Beck, 2011
Diskussion mit dem Autor heute Dienstag, 8. November, 18.30 Uhr, Museum für Völkerkunde, Laudongasse 15-19.